

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1922**

280 (30.11.1922)

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 2,45 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 2,65 M; in der Geschäftsstelle und bei untern Kartveräußern Abgabe 2,15 M monatlich, Einzelnummern 10 M.

Ausgabe: Mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Kaiserstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einseitige Kolonelleite 22.-M, auswärts 27.-M. Die Restkategorie 80.-M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

### Poincarés Pläne

Ueber die im Anschluß an die Besprechungen im Elisee ausgegebene französische Note hat man in Berlin nach einer Mitteilung des S.P.D. folgende Auffassung:

Die französischen offiziellen Mitteilungen über den sogenannten Kriegsrat von Paris enthüllen den ungeheuren Ernst der außenpolitischen Lage. Eine unmittelbare Bedrohung Deutschlands stellen sie indes nicht dar.

Die optimistischste Auffassung der Lage wäre ungefähr die folgende: Frankreich wünscht auf seine Verbündeten einen Druck auszuüben, um von seinen Forderungen an Deutschland möglichst viel zu retten und sich selber andererseits von der Last seiner Schulden an England und Amerika zu befreien. Zu diesem Zweck macht es absichtlich übertriebene Vorschläge, um beim Handeln immer noch gut wegkommen und Wertvolles einzuhandeln zu können. Darum geht Frankreich aus Ganze Es fordert die Annexion der Rheinlande und die Deklaration des Ruhrreviers, ohne selber zu glauben, daß daraus etwas wird. Diese optimistische Auffassung wird auch bestätigt durch die Stimmen mancher Pariser Blätter, die meinen, Poincaré, der seine Herrschaft bedroht sehe, müsse einmal wieder den wilden Mann spielen, um die Unterstützung der extremen Nationalisten zurückzugewinnen.

Das ist, wie gesagt, diejenige Auffassung, der man sich bei weitestgehendem Optimismus hingeben kann. Man muß sich aber dann doch weiter fragen, was aus den französischen Vorschlägen werden wird. Dabei ist zunächst vorausgesetzt, daß Frankreich im Bunde mit seinen Alliierten verbleibt und keine Schritte ohne deren Einverständnis unternimmt.

Da muß man sich allerdings fragen, daß Frankreichs Stellung im Rat der Alliierten zunächst wesentlich gestärkt scheint. Mussolini, von dem man allerdings nie wissen kann, was er morgen wollen wird, ist jetzt drauf und dran, mit den Franzosen in rücksichtsloser Reparationswilligkeit gegen Deutschland zu wettern. Ob Belgien, das bisher verständig und nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten orientiert blieb, standhalten könnte, wenn Frankreich und Italien einig wären, ist fraglich. Dann bliebe nur noch England hinter ihm mit entfernterer Einwirkungsmöglichkeit, Japan und die Vereinigten Staaten. Von diesen drei Mächten ist nicht anzunehmen, daß sie unter irgendwelchen Umständen in eine Annexion der Rheinlande und eine militärische Besetzung des Ruhrreviers einwilligen würden. Aber zwischen der offenen Einwilligung und dem entschlossenen Widerstand gibt es verschiedene Möglichkeiten, deren Gefahren in Deutschland nicht verkannt werden sollen.

Die konservative Regierung Englands würde allen Vorteilen zuzustimmen, wenn sie nicht auf dem Festland die Politik des Gleichgewichts der Mächte wieder aufnehmen wollte. Dieses Gleichgewicht ist so sehr zugunsten Frankreichs gestört, daß seine Wiederherstellung vorläufig unmöglich ist. Aber als denkbar muß es scheinen, daß England niemals unter irgend einer Regierung seine Zustimmung dazu geben könnte, daß sich Frankreich durch die Unterwerfung weiter deutscher Gebiete als unerschütterliche Vormacht des Festlandes etabliert. England ist im nächsten Augenblick bedroht. Es kann nicht mehr und Donau unter französische Oberherrschaft kommen lassen, ohne als Weltmacht abzutreten. Trotzdem kann man sich nicht darauf verlassen, daß England im äußersten Fall zu solchen Maßnahmen greifen würde, um die Verwirklichung der französischen Pläne zu verhindern. Und auch dann, wenn es sich nur um ein vorläufiges Geschehenlassen handeln würde, hinter dem die Absicht zu taktischen Gegen-

zügen steht, so wäre inzwischen doch die Zerstückelung Deutschlands vollendete Tatsache geworden.

Das kann allerdings nur dann geschehen, wenn sich Frankreich über Englands Einspruch hinwegsetzt und isoliert oder nur mit einem Teil seiner Verbündeten gegen Deutschland vorgeht. Dagegen ist es nicht nur denkbar, sondern auch wahrscheinlich, daß England mit Frankreich über dessen Sanktionspläne einmühtig verhandelt. Hat sich doch seinerzeit Lord George jenem Londoner Ultimatum angeschlossen, das unter Androhung der Besetzung des Ruhrreviers und einer neuen Modade von Deutschland unerfüllbare Forderungen hinsichtlich der Reparationen erprekte.

Wir müssen uns also darauf gefaßt machen, daß unter dem Druck neuer Drohungen neue Forderungen an uns gestellt werden könnten. Gehen aber solche Drohungen von der gesamten Entente aus, dann ist auch mit ihrer Ausföhrung zu rechnen, falls es nicht abermals gelingt, auf dem Verhandlungswege eine Verständigung zu erzielen.

### Die Beurteilung in England

London, 29. Nov. Die heutige Morgenpresse befaßt sich eingehend mit den Berichten der französischen Presse über die am Montag abgehaltenen Elisee-Konferenzen und mit der erwarteten französischen Drohung mit Zwangsmaßnahmen, die als ein Fehler im gegenwärtigen Augenblick angesehen werden. — „Daily Chronicle“ schreibt, entweder bedeutet dies ein Scheitern, oder es sei das Vorbild der Ausföhrung eines einseitigen Planes, um den Versailler Vertrag umzusetzen und Deutschland zum Opfer des französischen Willkürs zu machen. In dieser Lage würde die britische öffentliche Meinung der augenblicklichen und jeder anderen Regierung nicht erlauben, weiterhin mit Frankreich zusammen zu handeln. — Die „Westminster Gazette“ schreibt, die britische Regierung werde abzuwarten sein, klarzustellen, daß, wenn Frankreich in der geplanten Richtung handeln wolle, es dies ohne Mitwirkung Englands tun müsse. Wenn Frankreich so vorgehe, wie es in den offiziellen Berichten aus Paris angegeben wird, verstoße es eine Regelung auf einem Wege, auf dem England nicht mit ihm zusammengehen könne. — Die „Times“ besprechen die Berichte der französischen Presse über die Elisee-Konferenzen als aufsehenerregend und wünschen, daß eine umfassendere und bestimmtere Berichterstattung stattfinden werde, als dies durch das französische offizielle Kommuniqué geschehen sei.

### Große Erregung in Rheinland

Wie die „Voss. Zig.“ aus Köln meldet, geht durch die Rheinlande wegen der von Paris angekündigten Politik der provisorischen Räte eine starke Erregung, die ihren Niederschlag findet in einer Reihe von Entschlüsselungen und Kundgebungen aus den verschiedensten Kreisen der Bevölkerung und in denen es heißt, daß das ganze Rheinland heute erst der ganzen Welt zurufe, daß es deutsch ist und deutsch bleiben wolle.

### Sinausschiebung der Brüsseler Konferenz?

Paris, 29. Nov. Nach dem „Matin“ scheint man in England für den Zusammentritt der Brüsseler Konferenz den Beginn des kommenden Jahres vorzuschlagen und die Konferenz nicht in Paris, sondern in London abhalten zu wollen. Man sei in London der Meinung, daß es bedauerlich wäre, wenn die Brüsseler Konferenz zusammenbräche, bevor das Ergebnis der Mission des Schatzkanzlers Dalwain bekannt sei, der kurz vor Weihnachten nach den Vereinigten Staaten abreisen werde. — Nach dem „Echo de Paris“ soll Poincaré beabsichtigen, in vier bis fünf Tagen nach London zu reisen, um mit Bonar Law wegen der von englischer Seite geplanten Sinausschiebung der Konferenz zu verhandeln.

Grundgebühr von 40 M und eine Vorgebühr von 20 M, bei Orts- und Posttelegraphen die Hälfte. Die Auslandsgebühren sollen betragen Briefe bis 20 Gr. 80 M, für jede weitere 20 Gr. 40 M, Postkarten 50 M, Druckachen für jede 50 Gr. 15 M.

Die Gebührensverordnungen gehen nunmehr dem Reichsrat und dem Reichstagsausschuß zu.

### Weitere Erhöhung der Kohlenpreise

Berlin, 29. Nov. Die Löhne- und Materialpreiserhöhungen zwingen die Organe der Kohlenwirtschaft zu weiteren Preiserhöhungen, die am 1. Dezember eintreten sollen. Die beschlossenen Erhöhungen betragen u. a. je Tonne für Rheinland-Besthale (Zettföhrer) 5737 M, für Siedsch durchschnittlich 6149 M, für Niederholländer 7318 M, für Baden-Gebirge 6448 M usw.

### Die Vorgänge in Ingolstadt

Nach Blättermeldungen aus München hat die bayerische Regierung wegen der Bekämpfungen einer Entente-Kommission in Ingolstadt ein Verfahren eingeleitet und zugesichert, daß die Schuldigen bestraft werden.

### Welche Pläne hegt die deutsche Industrie?

#### Beiträge zum Sturze der Regierung Wirth

Ueber die Reichstagsdebatte schreibt der Berliner Korrespondent des „Journal“, Georges Blum: Es sei zu hoffen, daß bis zum Wiederzusammentritt des deutschen Parlaments die Reparationskommission die deutsche Note vom 18. November beantwortet haben werde. Von dieser Antwort hänge das Schicksal des Kabinetts Cuno ab; denn von diesem Augenblick an würden die Parteien zur Außenpolitik des Kabinetts Stellung nehmen. Zu der Rede Stresemanns betont Blum, daß für den, der den gewohnten Eifer des Führers der industriellen Partei kenne, unter der scheinbaren Heftigkeit sich im ganzen eine deutliche Mäßigung gezeigt habe. Vor drei Wochen habe Stresemann lange Besprechungen mit Barthou gehabt. Zahlreiche Industrielle hätten damals dem Korrespondenten sein Gehör gemacht, daß sie den Alliierten Vorschläge für eine Regelung der Reparationsfrage machen würden, sobald sie praktisch die Macht hätten, und das sei ja heute vollkommene Tatsache. Auch sei damals betont worden, daß Dr. Wirth nichts für die Franzosen tun könne, daß vielmehr nur die Industriellen dazu imstande wären.

Sei die deutsche Großindustrie geneigt, die große Auslandsanleihe zu garantieren, die allein den französischen Reparationsbedürfnissen gerecht werden kann? Sie sei geneigt, die erste Auslandsanleihe von 20 Milliarden für Reparationen zu garantieren, wovon in gewissen Unterredungen mit bekannten Industriellen die Rede war, und stehe sie immer noch auf dem Standpunkt, daß diese 20 Milliarden nur eine erste Zahlung darstellen würden, die durch eine zweite von mindestens gleicher Höhe zu vervollständigen wäre?

Vor etwa drei Wochen, während des Berliner Aufenthaltes der Reparationskommission, veröffentlichten alle großen Pariser Blätter von ihren Berichterstattern übereinstimmende Telegramme, die Andeutungen über einen geheimnisvollen großartigen Plan enthielten, den Vertreter der deutschen Schwerindustrie zur Lösung des Reparationsproblems entworfen haben sollten. Besonders auffallend an diesen Telegrammen war aber die Tatsache, daß sie ebenfalls übereinstimmend betonten, daß die Regierung Wirth offenbar nicht die Kraft besäße, eine Lösung der Reparationsfrage vorzuschlagen und durchzuführen, daß dies nur von einer Regierung zu erwarten sei, an der die Deutsche Volkspartei als Vertreterin der Industrie teilnehmen würde, und daß die Industriellen offen erklärt hätten, sie würden jenen von ihnen ausgearbeiteten vollständigen Reparationsplan erst nach einem Regierungswechsel veröffentlichen, da sie die Aufgabe des Kabinetts Wirth nicht zu erleichtern gewillt seien.

Die Regierung Wirth ist inzwischen gestürzt worden und bekanntlich bemühen sich sämtliche bürgerlichen Parteien, diesen Sturz als von der Sozialdemokratie verursacht hinzustellen. Diese Legende ist durch die Ausführungen unserer Fraktionsredner im Reichstage genügend widerlegt worden. Indessen gewinnt die Frage der Schuld am Regierungswechsel erneut an Aktualität und an Interesse durch die Anfragen des Berliner Berichterstatters des „Pariser Journal“ an die Schwerindustrie im allgemeinen und insbesondere an Herrn Dr. Stresemann. Der Berichterstatter wundert sich darüber, daß der Führer der Volkspartei in seiner jüngsten Reichstagsrede keine näheren Angaben über die Möglichkeiten einer Lösung der Reparationsfrage gemacht habe, obwohl er seinerzeit mit Barthou diese Dinge ausführlich besprochen hätte.

Zu dieser interessanten Angelegenheit schreibt nun der „Vorwärts“:

Wir sind nun in der Lage, dieses Geheimnis etwas zu lüften. Während der Anwesenheit der Reparationskommission in Berlin machten sich verschiedene den Reichsparteien angehörende Politiker und „Wirtschaftsführer“ an die Mitglieder der Reparationskommission sowie auch an die ausländischen Sachverständigen heran und gaben ihnen zu verstehen, daß die Regierung Wirth niemals imstande sein würde, eine für die Franzosen annehmbare Lösung des Reparationsproblems vorzuschlagen und durchzuführen. Dazu sei sie politisch und wirtschaftlich zu schwach und es läge daher im Interesse der Entente selber, wenn sie möglichst bald beiseite gelassen werden würde. Vor allem müßte die Volkspartei in die Regierung hineingekommen werden, gleichviel, ob dies das Aufheben der Sozialdemokratie aus der Regierung zur Folge hätte oder nicht. Zuweilen wurde sogar in diesen Unterredungen der Austritt der Sozialdemokraten als im Interesse der Entente liegend bezeichnet, da diese jener großartigen deutsch-französischen industriellen Anleihe, wie sie seit einiger Zeit beiderseits erwogen würde, im Wege ständen. Anlässlich eines Frühstückes, an dem unter anderen Mitgliedern der Reparationskommission Barthou und unter anderen Vertretern der deutschen Industrie Geheimrat Deutsch von der AEG, und Altmeyer vom Kaliföhrer teilnahmen, wurde die Möglichkeit einer großen internationalen Anleihe von vierzig Milliarden Goldmark, die in zwei Raten von je zwanzig Milliarden zu emittieren sein würde, besprochen. Die Verzinsung und Amortisation dieser Anleihe, die vor allem dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zugute gekommen wäre, würde von der deutschen Industrie garantiert worden sein.

### Weitere Erhöhung der Posttarife

Berlin, 29. Nov. Der Verkehrsbeirat der Reichspostverwaltung beriet die neuen Vorschläge über die Post-, Postfach-, Telegramm- und Fernspreckgebühren. Demnach würden ab 15. Dezember u. a. folgende Sätze gelten: Postkarten im Ortsverkehr 5 M, im Fernverkehr 15 M, Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 10 M, bis 100 Gr. 15 M, bis 250 Gr. 20 M, im Fernverkehr bis 20 Gr. 25 M, bis 100 Gr. 35 M, bis 250 Gr. 45 M, Druckachen nach Gewicht bis ein Kilogramm 5—45 M, Geschäftsbriefe, Warenproben und Mitteilungen nach Gewicht von 25—45 M, Pakete in der Post von 20 bis 125 bis 850 M, in der Fernpost 250—1700 M, Postanweisungen bis zum Werte von 20000 M, von 12 M an steigend bis 80 M, Postgebühren für Vereinsabgaben mit Postkarte bis 20000 M, 4—10 M, für jede weiteren angefangenen 10000 M 20 M mehr.

Der Verkehrsbeirat erklärte sich damit einverstanden, diese Sätze ab 15. Januar weiter zu erhöhen. Dagegen sprach er sich gegen die neuen Fernspreckgebühren aus und erklärte sich nur damit einverstanden, daß ab 1. Januar die Grund- und Ortsgebühren anstelle der bisherigen Zuschläge mit einer Höhe von 2000 Prozent berechnet werden. Für das gewöhnliche Telegramm auf jede Entfernung wird erhoben eine



Frei Jubel seinen 75. Geburtstag. Mag es ihm vergönnt sein, noch lange über diesen Tag hinaus in unerschütterlicher Treue für unsere große Sache weiterzuwirken und damit weiter wie bisher den Jüngeren als Vorbild zu dienen.

Gemeindepolitik

Anielingen. Die Wahlen zum Bürgerausschuß sind vorüber. Der Einbild in die Wählerliste zeigt, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft von seinem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht hat. Am Sonntag, 3. Dezember, von 12-6 Uhr, findet nun die Wahl der Gemeinderäte statt. Die Wähler werden zum zweitenmal zur Urne gerufen. Da richten wir den Appell um die Wahrung an die Arbeiterschaft, diesmal die Pflicht zu erfüllen. Genossen, rüht die Säulen auf und bringt die Gleichgültigen zur Wahl. Werbt für die Liste der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei. — Am Samstag, 2. Dezember, abends 8 Uhr, findet im Lokal zum „Lohnhof“ eine wichtige Parteiverammlung statt, zu der auch die Volkstreueleser und Anhänger unserer Sache eingeladen sind.

Kommunale Betriebswirtschaft. Zu den Tarifkämpfen, die gegenwärtig die Gemeinden als Arbeitgeber und als Unternehmer wachsender Betriebe führen, kommt sehr gelegen das Fragen der kommunalen Betriebswirtschaft als Sondernummer gewidmete Novemberheft der „Kommunalen Praxis“. Professor Dr. Hugo Lindemann untersucht als Kommunalwissenschaftler und Sachmann die Stellung der gewerblichen Betriebe im Rahmen der Stadtwirtschaft. Es ist eine Mahnung, die nicht wirkungslos verhallen darf, wenn er z. B. schreibt: „Zugegeben, daß der Profit bei den öffentlichen Betrieben eine andere Bedeutung hat als für den einzelnen Unternehmer, dessen Ertragszweck davon abhängt, daß sein Betrieb Ertrag abwirft, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß die Profite der städtischen Betriebe eine große, in den letzten Jahren immer wachsende Bedeutung für die Finanzverwaltung und die Höhe der Steuern haben, und daß von dieser allerdings auch für die leitenden Personen des Gemeinwesens sehr viel, ja ihre ganze Stellung abhängen kann.“ Der Berliner Stadtmittelrat Dr. Rabnow zeigt in einer sehr sorgfältigen, mit überzeugenden Zahlen auszustatten Arbeit, welche eine genaue volkswirtschaftliche Bedeutung der städtischen Krankenanstalten in einer Großstadt aufweist. Berlin hat täglich 10 Millionen Mark Pflegekosten für die Inassen seiner Krankenhäuser aufzubringen. Der Leiter des Berliner Verkehrsvereins, Stadtbaurat Dr. Adreer, schreibt über die Notlage der Straßenbahnen: „Geht es nicht, den katastrophalen Niedergang der Mark, dem die Straßenbahnen mit ihren Einnahmen nicht folgen können, Einhalt zu gebieten, und sind sonst aus allgemeinen Mitteln diese schwere Zeit zu überbrücken, dann ist mit einem unmittelbaren Zusammenbruch der deutschen Straßenbahnen zu rechnen.“ Der Geschäftsführer des Bundes sozialer Baubetriebe, H. Gilling, gibt neueste Zahlen und Berichte über die Entwicklung der sozialen Baubetriebe, die für diese eine erfreuliche Perspektive eröffnen.

Kleine badische Chronik

- Forstheim. Das Personauto Forstheim-Wretten blieb Dienstag abend beim Weiblinger Wald im Schneee stecken und war auch heute früh noch nicht flott.
• Forstheim bei Forstheim. Gestern abend erschloß sich der 53jährige Hilfsarbeiter Adolf W. im Ziegenstall seines Hauses mit einem Browning. Der Grund der Tat ist nicht bekannt.
• Heidelberg. Der Polizei sind zwei Personen in die Hände gelangt, die gefahrene Zigarren in Werte von 500.000 M. hier absetzen wollten. Die Verkäufer wurden festgenommen und ins Amtsgefängnis eingeliefert. Die Waren wurden sichergestellt. — Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise. Ab 1. Dezember kostet der Preis für die kleinste Fahstrecke auf der Straßenbahn 40 M.
• Mannheim. Sterbefall. Geheimrat Kommerzienrat Dr. Adolf Clemm ist im 78. Lebensjahr gestorben. Der Verlebene gehörte dem Aufsichtsrat des Vereins chemischer Fabriken in Mannheim an und war seit 1895 Vorsitzender des Aufsichtsrats dieses Vereins, bis zu dessen Verschmelzung mit der chemischen Fabrik Rhemania in Aachen. H. a. wurde er im

Die Hungerlöhne der deutschen Arbeiter

„Jeder einzelne arbeitet, kalkuliert und verkauft zu billig“, so kennzeichnet Professor Alfred Landburg im Novemberheft der „Welt“ die Gründe des Verfallens der deutschen Wirtschaft. Es ist sehr viel richtiges an dieser Diagnose. Man braucht nur die Löhne der deutschen Arbeiter und Gehaltsempfänger mit denen der gleichen Schichten fremder Länder nicht nur bezüglich des Volumens, sondern auch der Kaufkraft zu vergleichen, um zu erkennen, daß in Deutschland zu billig gearbeitet wird. Auf der anderen Seite wird in sehr vielen Fällen wirklich nicht zu billig kalkuliert und verkauft. Fast durchgängig erkennen jetzt in der industriellen und kaufmännischen Kalkulation die merkwürdigsten Posten in der merkwürdigsten Höhe. Auch wird in Dollar und Franken selbst da kalkuliert, wo, wie bei Löhnen und Transportkosten, nur Marketräge, und zwar verhältnismäßig recht geringfügige, in Frage kommen. Daß noch zu billig verkauft wird, trifft nur noch für die wenigsten Warengruppen zu. Im Weltlauf mit dem Dollar behaupten sich nicht nur die Groß-, sondern auch die relativ erheblich geringeren Kleinhandelspreise. Die Löhne und Gehälter in Deutschland haben längst jeden Zusammenhang mit einer Kalkulation in festen Wertmetern und einer sich daraus ergebenden erträglichen, in sich gesicherten Lebenshaltung verloren. Die deutsche Sozialdemokratie versucht, im Interesse von Staat und Arbeitnehmern durch die Stabilisierung der Mark dieses Ziel zu erreichen. Die Industrie wehrt sich dagegen, weil sie unter laßlichen Verhältnissen wirtschaftlich, sozial und politisch mächtiger wird. Ihr Einwand, daß sie dies nur aus allerdingendster Lebensnotwendigkeit tue, aber das selbe Ziel wie die Arbeiterschaft im Auge habe, da sie ja auch an einem festen Wertmetern interessiert sei, ist hinwiegend. Sie hat diesen festen Wertmetern in der ausländischen Währung, Auslandsfakturation auch im Inlandsverkehr, aber Bekämpfung der Markstabilisierung ist ihre Devise. In Wirklichkeit ist die Sache so, daß man durch die Festigung des Marktes die notwendige Stabilität der Währung schaffen kann, daß aber die Spekulationen der Kapitalistenklasse, die nicht etwas ein nur geringes, sondern einen recht bedeutenden Teil des deutschen Volkes umfassen, das Ziel erreichen für sich selbst haben wollen. Das Ziel erreichen sie mit der Bekämpfung der Markstabilisierung und der Abschaffung der Maßnahmen zur Festigung der Mark. Ständig ist es, von Augustanum der breiten Massen zu sprechen und ein Sparprogramm zu empfehlen. Dazu wäre die allerdings von der kapitalistischen Presse gepredigte und von dem größten Teil des Mittelstandes getriebene Voraussetzung nötig, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger verhältnismäßig hoch honoriert, dagegen zu relativ billigen Preisen ihren Warenbedarf einkaufen würden. Die Tatsachen aber bezeugen gerade das Gegenteil. Herr Professor Landburg mußte also seine eingangs zitierte Behauptung dahin revidieren, daß der Einzelne fast stets zu billig arbeitet, daß meist zu teuer kalkuliert und daß im Verhältnis zur Entlohnung die Ware immer, im Verhältnis zu den Weltmarktpreisen zu mindert nicht selten zu teuer verkauft wird. Der Lohnstand unserer heutigen Arbeiter liegt in dem Reallohn bereits derart tief, daß es den Arbeiterfamilien kaum mehr möglich ist, die in der Arbeit verschlehten Kleider und verbrauchte Arbeitskraft wieder in der bisherigen Weise zu ergängen. Der monatliche Durchschnittslohn eines gelernten deutschen Arbeiters, um ihn einmal mit dem Lohn eines englischen Arbeiters zu vergleichen, ist von 35 Pfund im Juni 1922 innerhalb eines halben Jahres auf 15 Pfund herabgesunken. John Hilton, der Direktor des statistischen Büros im englischen Arbeitsministerium, hat in der letzten Nummer der Monatsausgabe des „Manchester Guardian“ Untersuchungen über die Lohnverhältnisse April bis Mai 1922 in Deutschland, Belgien, Frankreich, England und Amerika veröffentlicht, welche in der folgenden Tabelle dargestellt sind.

Internationaler Vergleich der Lohnsätze, die in die englische Währung umgerechnet sind, zu dem laufenden Wechselkurs. Beschäftigung Groß-Britannien Land reich Deutsch-sterl. Belgien sterl. Staaten sterl. Mauter . . . . . 88,0 15,8 53,6 45,8 270,11 Zimmerleute . . . . . 88,0 15,8 68,9 44,2 243,10 Monteure . . . . . 79,0 16,4 45,7 41,1 166,10 Schiffeher . . . . . 96,0 14,6 59,8 45,8 230,3 Ungelehrte Arbeiter 61,4 15,4 29,0 32,0 65,0 Mittel . . . . . 82,3 15,6 51,4 41,9 195,4

Die Lohnsätze sind gleichmäßig für die 48-Arbeitsstundenwoche berechnet. Nach diesen Untersuchungen erhält also ein Bauarbeiter in Frankreich das 3-fache, in England das 5-fache, in Amerika das mehr als 17-fache eines deutschen Bauarbeiters. Diese Verhältnissahlen der internationalen Löhne wird man sich vor allem für den Zeitpunkt der Stabilisierung merken müssen. Dazu wird unsere gerade durch die niedrigen Löhne der letzten Jahre technisch und organisatorisch weit zurückgebliebene Fertigungsindustrie ihre gefahrdete Konkurrenzfähigkeit durch weiteren Lohnbrud retten wollen. Sache der Arbeiterschaft wird es dann sein, durch Behauptung ihres Reallohnes mit allen Mitteln die notwendige Anstachelung der wahren Unternehmerrfunktionen — der Intensivierung von der Kapitalseite her — zu erzwingen. Was die vorstehende Tabelle für die Beurteilung der internationalen Konkurrenzfähigkeit leistet, das bieten die folgenden Zahlen für die Reallohngestaltung, das heißt der Kaufkraftmöglichkeit des Arbeitslohnes auf dem inneren Markt.

Stundenzahl, die gearbeitet werden muß, um die in der Statistik ersetzten Lebensmittel zu kaufen. Beschäftigung Groß-Britannien Land reich Deutsch-sterl. Belgien sterl. Staaten sterl. Mauter . . . . . 3 7 1/2 5 1/2 6 1 Zimmerleute . . . . . 3 7 1/2 5 6 1 1/2 Monteure . . . . . 3 7 1/2 6 1/2 6 1/2 Schiffeher . . . . . 3 7 1/2 5 6 1 1/2 Ungelehrte Arbeiter 4 1/2 7 1/2 10 1/2 8 1/2 5 1/2 Durchschnitt . . . . . 3 1/2 7 1/2 6 1/2 6 1/2 2 1/2

Aus dieser Statistik ergibt sich, daß ein amerikanischer Arbeiter sich von dem Lohn einer Arbeitsstunde beinahe soviel kaufen kann, wie der deutsche von seinem ganzen Tagelohn.

Die Verpflegungssätze für die Höglinge in den Erziehungsanstalten Nieblingen und Einheim wurden mit Wirkung vom 1. November von 50 auf 120 M., vom 15. November auf 150 M. täglich erhöht.

Badische Chronik. In Adolfszell drangen in der Nacht vom Freitag auf Samstag Diebe in das Geschäft der Firma Steinhilber u. Co. und entwendeten dort Stoffe im Werte von ca. 150.000 M. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur. — In Triberg geriet am Samstag in der Grieshaberischen Fabrik ein junger Arbeiter namens Kienzier aus Fußbach am Drahtzug zwischen Rad und Koppel und wurde daran hin und her geschleudert, daß er einen schweren Oberschenkelbruch davontrug. — Vörsach. Die hiesige Grenzstelle erwischt vor kurzem einen Schmuggler, der im Begleite war, ca. 10.000 holl. Gulden nach der Schweiz zu schmuggeln.

Ausfuhrmarken der Rückvergütungsstelle für die deutsche Presse. Nach § 8 der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse vom 21. 7. 1922 (RGBl. Teil 1, Seite 629) erfolgt die Erhebung der Abgabe von 1% vom Verkauf des Wertes der durch Verwendung von Rückvergütungsstellen nicht bedürftigen Marken, die einer Ausfuhrmarken, auf der die Verwendung von Rückvergütungsstellen nicht bedürftigen Marken sind alle Postämter 1 und diejenigen Postämter ausgestellt, bei denen ein Bedürfnis hierzu vorliegt. Durch die Anforderung der Rückvergütungsstellen von der Rückvergütungsstelle für die deutsche Presse (Berlin SW. 68, Zimmerstraße 36, Postfachkonto Berlin NW. 7 Nr. 29073) tritt für den Abnehmer, abgesehen von den ihm erwachsenden Portokosten, auch eine nicht zu umgehende Verzögerung ein. Es empfiehlt sich daher, die Rückvergütungsstellen in erster Linie von der Post zu beziehen.

Badische Gewerbe- und Handwerker-Vereinigungen. Der Vorstand des Bundesverbandes der Badischen Gewerbe- und Handwerkervereinigungen hielt in Rastatt unter Vorsitz des stellvertretenden Präsidenten, Tapeziermeisters Otto Burkhardt-Heidelberg, eine Vorstandssitzung ab, in der beschlossen wurde, am 14. Januar n. J. eine außerordentliche Landesausschuss- und Landesversammlung nach Offenburg einzuberufen, auf der auch der Nachfolger für den verstorbenen Präsidenten Riederhül, gewählt werden soll. Hierfür ist vorgeschlagen Herr Burkhardt (Heidelberg). Bei Besprechung der Finanzlage der Erholungsheime Bad Sulzburg und St. Leonhard bei Heberlingen beschloß man, auch mehr Gewicht auf den Winterbetrieb zu legen. Die für das erlgangenste Heim auszugehenden Anteilscheine sollen Ende Dezember eingelöst werden. Neue Postwertzeichen. In der Reichsdruckerei sind einfarbige Freimarken zu 5 M. (orange) und zu 8 M. (olivgrün) hergestellt worden. Sie werden demnächst an den Postämtern zur Ausgabe gelangen.

Angeht die Lage ist auch für den Monat Dezember eine entsprechende Erhöhung des Bezugspreises nicht zu umgehen gewesen. Wir bitten unsere Leser, von dieser unabweisbaren, einer weiteren Begründung nicht bedürftigen Maßnahme Kenntnis nehmen zu wollen. Karlsruhe, den 30. November 1922. Verlag des „Badischen Beobachters“, „der Badischen Presse“, „des Karlsruher Tagblattes“, „der Karlsruher Zeitung“, „des Refidens-Anzeigers“, „des Volksfreunds“.

„Aromakron“ feinste Kaffee-Essenz überall erhältlich. Vertreter: Adolf Hausam, Karlsruhe i. B. Tel. phon 4709.

Theater, Kunst und Wissenschaft Badisches Landes-theater. Morgenfeier des Theaterkulturverbandes. Zur Gegenwirkung gegen die Abendlanduntergangsschwärmer unserer Tage hat der Theaterkulturverband den rühmlichst bekannten Dramaturgen und Literaturkritiker Dr. Julius Vab von Berlin, den Verfasser mehrerer ausgezeichneten Werke, hierher gebeten. Herr Vab wird gleich zu Beginn seines wochentäglichen Vortrags auf das Annahende von Spengler hin, seiner Geschäftsbildung, auf Grund deren er unsere Kultur als vor dem Verfall stehend erkennt, wissenschaftlichen Wert bezweifeln will. Er ist als das auszugehen, was he ist, ein Glaubensbekenntnis. Vab gab soeben eine eingehende Darstellung der Kämpfe, die die geistige Weltgeschichte des Abendlandes bestimmen. Es folgte auf die heillosen Weltverfall der Antike als notwendige Reaktion aus dem Osten die spirituellste Welle des Christentums. Nach mehrfach hat die Dichtung solche Vorläufer gemacht in kleineren Renaissance, die der großen Renaissance vorausgingen. Immer wieder trat der Gegenstand ein; auf die Renaissance die Reformation mit Humanismus. In Goethes innerer Biographie zeigt sich noch einmal der ganze Verlauf dieser abendlichen Bewegung. Der junge Weltmensch lernt nach den Leipziger Erfahrungen das Transzendente kennen und fassen. Er ist sich noch einmal aus dem Mann des Neuberwältigen und des Wissenschaftler. Bis er im Alter beide Gewalten in sich zur Einheit bringt, und damit uns die Wende zeigt, die über den Abend hinwegführt, der sich heute zwischen den zwei Mächten unserer Kulturwelt aufspielt. Seine Darlegungen wußte Herr Vab mit schlagenden Beispielen zu belegen, und man nahm aus seinen Worten die Überzeugung mit, daß wir eher an einem Anfang als an einem Ende stehen. Lebhafte Beifall lohnte die schillernden, phrasenlosen Ausführungen des hervorragenden Gelehrten, mit dessen Verpflichtung sich der Theaterkulturverband ein wirkliches Verdienst erworben hat.

Jahre 1887 in den Stadt der Stadt Mannheim gewährt und mit ihm verliert die Stadt Mannheim eine Persönlichkeit, die namentlich zu dem industriellen Aufblühen der Stadt außerordentlich beigetragen hat. Mannheim. Unfall durch Trunkenheit. Ein 35 Jahre alter Lehrling Matroze aus Pforzheim a. N. kam in stark angelegentlichem Zustand auf der Rheinstraße in Rheinau zu Fall und zog sich einen Armbruch sowie erhebliche Verletzungen am Kopfe zu. Mitleid. Ueberführung der Vaster Pensionäre. Der Staat hat sich nunmehr entschlossen, die hiesige Militärkaserne durch Ausbau zu Wohnungen für Pensionäre und Besondere aus Basel zu verwenden, um die hohen Fremdenkosten zu sparen. Fahr. Früher Dabenzreich. In der vergangenen Nacht wurden in die Wohnung des Oberbürgermeisters Dr. Altschlag vier starke Schüsse abgegeben, desgleichen in eine Villa an der Wäldchenstraße. Die Täter sind unbekannt. — Mitleid. Am den Minderbemittelten der Todesfällen der Angehörigen die Anschaffung eines Sarges zu erleichtern, wird nach einem Gemeinderatsbeschluss den hiesigen Schreinermeister ein entsprechendes Quantum Bretterholz aus den Gemeindegeldern zu ermäßigtem Preis abgegeben. Mitleid. Tot aufgefunden. Sonntag früh wurde auf dem Bahnhöfen gegen Mitternacht ein etwa 20-jähriges unbekanntes Mädchen mit abgefahrenen Einta aufgefunden. Bonnbar i. Schw. In dem Banküberfall. Wie bereits gemeldet, sind die Räuber, die am Freitag abend in das Vogtsche Bankgeschäft hier eindringen, am Samstag auf der Straße bei Rothaus mit der Gendarmerie zusammengekommen, wobei es zu einer Schießerei kam, die Räuber jedoch entließen konnten. In der Nacht zum Sonntag sind nun zwei von ihnen in Bensfeld festgenommen worden, während der Dritte wiederum entkam. Es handelt sich um 20-23 Jahre alte Burschen aus Thüringen, Ostpreußen und Schmenningen. — Vrabrad. Raubmord? Am Samstag morgen wurde der hier wohnhafte Friedrich Fingertlin bei der Großmannschen Weberei im Feldweg tot aufgefunden. Da der Tote an viel gemannem Abend in einer Wirtschaft davon sprach, daß er viel Geld bei sich trage, liegt die Vermutung nahe, daß ein Raubmord verübt wurde. Unbekannt ist der Tote, der an dem betreffenden Abend dem Alkohol ziemlich zugesprochen hatte, auf einem Schularen bis zu dem Tode gefahren und dann auf ausgeplündert und dann in den Teich geworfen worden, um den Tod des Ermordeten vorzutäuschen. Die Untersuchung ist noch im Gange. — Wobach. Oberstaatsanwalt Mehl erläßt in den Zeitungen einen Aufruf, in dem er eindringlich daran erinnert, daß die Erzeuger von Milch nach dem Gesetz verpflichtet sind, alle über ihren Eigenbedarf erzeugte Milch dem Sammel- und Verteilungstellen zuzuführen. Zu Wutier, Käse oder sonstigen Erzeugnissen darf Milch gewerbsmäßig (also zum Verkauf) nicht verarbeitelt werden. Zuwiderhandlungen sind mit schwerer Gefängnis- und Geldstrafe bedroht. Weinheim. Als Opfer seines Berufes starb hier der 30 Jahre alte Dachdecker Pfisterer. Mit Dachdeckerarbeiten an einem Hause beschäftigt, stürzte er aus beträchtlicher Höhe in die Tiefe und trug so schwere Verletzungen davon, daß er als bald starb. — Verkehrsperren! Wegen Streiks ist gesperrt die Annahme von Eis- und Frachtschiffen, sowie Eis- und Frachtwagenladungen ohne Ausnahme an die Bad. Anilin- und Sodafabrik in Ludwigsbäsen a. N. (siehe Seite 2).

# Frauenfragen Frauenrecht

## Sozialistische Frauenforderungen

Von Elise Geiser, Jaquét

Frauenlose Haushalte waren die Kommunen bis zur Revolution. Was den gewöhnlichen Mann in seiner Gemeinde- und Stadtkommune von 1910 den Frauen in den Kommissionen für Armen-, Unterrichts-, Erziehungs- und Gesundheitswesen bis zu einem Viertel der Mitglieder Sitz und Stimme. Aber erst die Revolution erschloß der Frau die Gemeindegänge und gestattete ihr das Einreden in höhere besoldete Stellen. Heute ist die Armen- und Waisenspflege ohne Färberin, Pflegerin, Kornerin, Jugendleiterin garnicht denkbar. Es kommt nun darauf an, nach welchen Grundrissen diese Hunderte Frauenhände pflegen und versorgen. Die sozialistische Frau muß in der Armenpflege dem Grundgesetz der vorbeugenden Tätigkeit mehr Geltung verschaffen. Scheitert doch das erregende Schauspiel, daß neue Gruppen, ganze Stände unerschrocken in dieser unerschrockenen Zeit in billiger Arbeit versinken. Kleinrentner und Pensionäre, Witwen und Invaliden. Die Arbeitslosigkeit droht über ganzen Vorkriegs- und Nachkriegsbevölkerung zu kommen. Da muß der Staat die Selbstverschuldeten, der Armenpflege, völlig aus unsern Armenämtern verdrängen. Die Stellung der beruflich angefertigten Pflegerin schreit förmlich nach Sozialisten. Die ehrenamtlich wühlende Dame kann diesen neuen Gruppen unerschuldeter Armen so leicht wehe tun. Hierin gehört das geschäftliche Verständnis und die aus dem ersten Leben erwachsene Erfahrung der arbeitenden Frau.

Ueber Kinder- und Jugendfürsorge möchte die Sozialistin eine einzige große Forderung stellen. Die Städte zeigen Sinn für ins Auge fallende prunkvolle Bauten, Plätze, Denkmäler, Kunsthäuser. Wo aber sind die grünen Anlagen, in denen die Arbeitermutter ihren Säugling in frischer Luft spazieren führt? Wo sind die Rasen- und Sandplätze, auf denen die Drei- und Vierjährigen, aus überfüllten Wohnungen kommend, sich tummeln? Die Schuttplätze, die verbotenen Winkel sind begehrte Spielplätze der Arbeiterkinder des 20. Jahrhunderts in den großen Kulturstädten. Die Arbeiterfrau muß bringen für jeden Straßenknäuel wenigstens, besser für jeden größeren Hofraum eine Grünanlage als Tummelplatz für Kinder fordern. Eine wirklich soziale Gemeindepolitik hätte auch in den besten Wohnvierteln für Kindererziehung gesorgt, die den Vätern verbleiben. Die für Arbeitermütter so notwendigen Hort- und Heimstätten sind fast ganz der privaten, konfessionellen Wohltätigkeit überlassen, die diese kleinsten Geister schon für bestimmte Zwecke und Ziele zu beeinflussen suchen. Mühe es doch der Frau möglich sein, ihre Kleinsten für die Stunden des Einkaufens, Putzens, Waschens mit gutem Gewissen in einen nahen Hort zu bringen. Wer je Gelegenheit hatte, ein „Haus der Kinder“ nach der Montessori-Methode eingerichtet zu sehen, der beginnt zu ahnen, wie viel Kinder entbehren.

Das Gebiet der eigentlichen Jugendfürsorge kann in diesem Rahmen kaum gestreift werden. Für die sozialdemokratische Frau ist z. B. jede Erziehungsaktivität in Verbindung mit Armenpflege unannehmbar. Die Pflege und Erziehung der armen Kinder ist vom Armenamt zu trennen und den Jugendämtern zu unterstellen. Die Einrichtung von Beobachtungsanstalten für unterzubringende Kinder ist zu fordern, denn nicht jedes Kind paßt in jede Familie. In der Lebenserziehung der Kleinkinder, im Gemeindegewand, der Berufsberatung hat die Sozialistin große Arbeitfelder vor sich; überhaupt in den Jugendämtern, diesen längst nicht überall durchgeführten Organen, die ihre Aufgabe erfüllt erfüllen können, wenn sie von sozialistischem Geiste geleitet werden.

In der Arbeiterbewegung sind Hunderte von Frauen als Lehrkräfte tätig; aber bis zur Revolution fand man die Frau in den oberen Regierungskreisen nicht. Männer stellen die Lehrpläne für Mädchenschulen, einschließlich Handarbeit und Kochunterricht, auf. Männer leiteten das gesamte Mädchenschulwesen. Erst jetzt rücken Frauen sehr langsam in die führenden Stellen ein. Rektorin und Schulleiterinnen sind in den Städten noch immer sehr selten, wenn nicht unbekannt. Mutterrat und Muttererziehung fehlt in unsern heutigen Schulbetrieben noch ganz. Dieses ist um so erstaunlicher, als das Zentrum über die Rechte der Erziehungsberechtigten, d. h. der Eltern, in den neuesten Schulgesetzen so forsam wacht. Es scheint dieses Elternrecht nur in der Abwehr der Gemeinheits- und konfessionellen Schule zu gebären.

Das sozialistische Erziehungsideal, jene im Gärten und frei zu wachsenden Lebensbedingungen — jene wahre Welt der Kinder, die eine spätere Zeit zu gestalten, die mit Schauern nur auf unsere heutigen Schulformen und der darin gebotenen Erziehung zurückblicken wird. Und wenn dieses alte Europa nicht schon zu morsch ist, so wird eine Zeit

kommen, in der das Problem der Erziehung des Nachwuchses im Mittelpunkt der Gemeindeverwaltung steht. Die Aufgaben der Sozialistin in der kommunalen Arbeit sind demnach am häufigsten in Anspruch zu nehmen. Die Arbeiterkraft stärker dem Bedarf der Arbeit ausgesetzt ist als der gelehrte Arbeiter. Folglich sind auch die weiblichen Zweige dieser Arbeiter mit Frauen in leitender Stellung zu versehen. Neben mir von der kapitalistischen Denkweise ab, so gewinnt der Persönlichkeitswert des Einzelnen mehr Bedeutung. Es genügt nicht, daß ihm Arbeit vermittelt wird, sondern die Arbeit, die seinen Fähigkeiten entspricht und ihm Freude macht. So ergibt sich, daß der Arbeitsnachweis nur ein Teil einer größeren Organisation sein kann, der auch die Berufsberatung unter Mitwirkung von Elternhaus, Schule, Arbeitsnachweis, den Verbänden von Arbeitgebern und -nehmern vorzieht.

Das Kapitel des Wohnungswesens scheint man sich, angesehener. Hier fehlen die Worte, all das Geld auszusprechen, all die Schuld der kapitalistischen Gesellschaft festzunehmen. Die Arbeiterfrau muß bringen für jeden Straßenknäuel wenigstens, besser für jeden größeren Hofraum eine Grünanlage als Tummelplatz für Kinder fordern. Eine wirklich soziale Gemeindepolitik hätte auch in den besten Wohnvierteln für Kindererziehung gesorgt, die den Vätern verbleiben. Die für Arbeitermütter so notwendigen Hort- und Heimstätten sind fast ganz der privaten, konfessionellen Wohltätigkeit überlassen, die diese kleinsten Geister schon für bestimmte Zwecke und Ziele zu beeinflussen suchen. Mühe es doch der Frau möglich sein, ihre Kleinsten für die Stunden des Einkaufens, Putzens, Waschens mit gutem Gewissen in einen nahen Hort zu bringen. Wer je Gelegenheit hatte, ein „Haus der Kinder“ nach der Montessori-Methode eingerichtet zu sehen, der beginnt zu ahnen, wie viel Kinder entbehren.

Die Arbeiterbewegung sind Hunderte von Frauen als Lehrkräfte tätig; aber bis zur Revolution fand man die Frau in den oberen Regierungskreisen nicht. Männer stellen die Lehrpläne für Mädchenschulen, einschließlich Handarbeit und Kochunterricht, auf. Männer leiteten das gesamte Mädchenschulwesen. Erst jetzt rücken Frauen sehr langsam in die führenden Stellen ein. Rektorin und Schulleiterinnen sind in den Städten noch immer sehr selten, wenn nicht unbekannt. Mutterrat und Muttererziehung fehlt in unsern heutigen Schulbetrieben noch ganz. Dieses ist um so erstaunlicher, als das Zentrum über die Rechte der Erziehungsberechtigten, d. h. der Eltern, in den neuesten Schulgesetzen so forsam wacht. Es scheint dieses Elternrecht nur in der Abwehr der Gemeinheits- und konfessionellen Schule zu gebären.

Das sozialistische Erziehungsideal, jene im Gärten und frei zu wachsenden Lebensbedingungen — jene wahre Welt der Kinder, die eine spätere Zeit zu gestalten, die mit Schauern nur auf unsere heutigen Schulformen und der darin gebotenen Erziehung zurückblicken wird. Und wenn dieses alte Europa nicht schon zu morsch ist, so wird eine Zeit

## Die abermals abgeänderte Mutter- schaftsfürsorge

Von Friedrich Klees

Die beiden Reichsregierungen über Wochenhilfe und über Wochenfürsorge haben erneut eine Umgestaltung erfahren. Die Absicht geht nur dahin, die Leistungen der ganzen Einrichtung der rapid fortschreitenden Selbstentwertung anzupassen. Sonst bleiben die alten Bestimmungen bestehen. Die beiden Abänderungsverordnungen vom 22. September 1922 setzen zunächst den einmaligen Beitrag zu den Kosten der Entbindung und bei Schwangerschaftsbeschwerden für alle Wöchnerinnen übereinstimmend auf 500 M. fest. Findet eine Entbindung nicht statt, so sind als Beitrag zu den Kosten bei Schwangerschaftsbeschwerden 150 M. zu zahlen. Davon sind in der Hauptphase die Forderungen der Hebamme zu begleichen, dann die ärztliche Behandlung, falls solche bei der Entbindung und bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich wird, ist von den Krankenkassen frei, also in vollem Umfang und unentgeltlich, zur Verfügung zu stellen.

Was Wöchhengeld nach wie vor auf die Dauer von zehn Wochen gemährt. Seine Höhe ist jedoch bei den einzelnen Gruppen der Wöchnerinnen verschieden. Denjenigen, die selbst versichert sind, also selbst Beiträge in eine Krankenkasse geleistet haben, ist das Wöchhengeld in Höhe des Krankengeldes zu gewähren, es hat also ungefähre die Hälfte des bisherigen Arbeitsverdienstes zu betragen. Es darf jedoch nicht niedriger sein als 15 M. täglich. Den nicht selbstversicherten Familienangehörigen von Hausmännern (Ehefrauen, Hausfrauen) ist als Wöchhengeld ein Drittel des Beitrags von 15 M. zu gewähren. Dieser Betrag erhalten auch die „minderbemittelten“ Wöchnerinnen, die mit einer Krankenkasse gar keine Verbindung haben. Das Wö-

chhengeld ist für diese beiden Gruppen von Wöchnerinnen deshalb so niedrig festgesetzt worden, weil sie keinen Verlust an Arbeitsverdienst haben. Das Wöchhengeld für die ersten vier Wochen ist spätestens mit dem Tage der Entbindung fällig, das heißt es ist sofort nach Feststellung des Anspruchs (Vorlegung der standesamtlichen Geburtsurkunde usw.) das Wöchhengeld auf vier Wochen auszuzahlen.

Das Wöchhengeld ist für die Selbstversicherten Wöchnerinnen in Höhe des halben Krankengeldes zu gewähren. Es muß jedoch mindestens 30 M. täglich betragen. Für die Familienangehörigen und die minderbemittelten beträgt das Wöchhengeld einheitlich 15 M. täglich. Das Wöchhengeld ist nur solange zu gewähren, als die Wöchnerin ihr Neugeborenes selbst stillt, längstens jedoch bis zum Ablauf der 12. Woche nach der Niederkunft.

Der Vorstand der Krankenkasse kann allgemein beschließen, bei der Entbindung und bei Schwangerschaftsbeschwerden neben der obligatorischen freien ärztlichen Behandlung auch freie Hebammenhilfe und freie Hebamme zu gewähren. In diesem Falle ermäßigt sich die oben erwähnte freie Hebamme auf 200 M. Findet keine Entbindung statt, so ist kein Beitrag zu zahlen. Die Aufwendungen der Krankenkassen an nichtärztliche Hebammenhilfe werden ihnen zur Hälfte erstattet. Dabei gilt als Wert der Sachleistungen der Betrag von 100 M. Die Aufwendungen für die Hebammenhilfe werden den Krankenkassen in vollem Umfang erstattet. Dabei werden die Sachleistungen ebenfalls mit 100 M. angerechnet.

Als „minderbemittelt“ und demnach anspruchsberechtigt, auch wenn sie nicht selbst versichert und nicht Familienangehörige eines Versicherten ist, gilt eine Wöchnerin, wenn ihr und ihres Ehemannes steuerpflichtiges Einkommen im Steuerjahr 1921 den Jahresbetrag von 15 000 M. oder im Jahre vor der Entbindung den Betrag von 30 000 M. nicht übersteigt hat. Dieser Betrag erhöht sich für jedes vorhandene Kind unter 15 Jahren um 1500 M., ist aber der Betrag von 30 000 M. zu Grunde gelegt worden, um 5000 M.

Die neuen Vorschriften treten mit dem Tage der Verkündung, das ist mit dem 20. September, in Kraft. Für Entbindungsfälle, die vor diesem Tage eingetreten sind, das Wöchhengeld und Stillsitzen nur für den Rest der Bezugszeit nach dem neuen erhöhten Betrag zu zahlen. Wöchnerinnen, die erst nach dem neuen Vorschriften als minderbemittelt gelten, erhalten erst von diesem Tage an das Wöchhengeld und Stillsitzen für den Rest der Bezugszeit.

## Die Kinderpeisung

Die letzten Nummern des vom Deutschen Zentralrat (Zentralrat) für die Auslandsdeutschen e. V. (Berlin, R. 7, Dorotheenstraße 2) herausgegebenen Korrespondenzblattes gewähren wiederum einen Einblick in die Notwendigkeit, die durch die Hilfe ausländischer Menschenfreunde ermöglichte Speisung unterernährter deutscher Kinder weiterzuführen. Aus dem Ausland sind seit der früheren überwiegenen Naturwissenschaften in den letzten Monaten hauptsächlich Geldspenden eingegangen. Einzelne dieser Spenden waren von Amerikanern deutscher Abstammung für die Heimatkassen ihrer Familien bestimmt worden. So gingen für vier Städte im ganzen 1075 Dollar ein, namentlich von Bürgern aus Detroit im Staate Michigan. Professor Watz aus Cambridge überbrachte von einer Dame aus Stockholm 5000 M., die einem Waisenhaus in Schweden überwiesen wurden. Die amerikanische Gesellschaft der Freunde (Künstler) übermittelte eine reiche Spende der Mrs. Charlotte G. O. aus New York im Betrage von 207 704 M. zur Verteilung an ostpreussische Anstalten aller Konfessionen. Der Sammlungsaußschuß der deutsche Freunde in Puerto Cabello (Venezuela) überwies wiederum 100 Dollar an benötigte Anstalten.

Die Kinderpeisung geschah in 1671 Ortschaften und 1448 Heimen mit Hilfe von 2588 Köchen und 721 Speisestellen. Es wurden 13 830 294 Mahlzeiten verabfolgt. Dazu wurden 8350 Tonnen Lebensmittel verwendet, von denen die Reichsregierung 1883 Tonnen und die amerikanische Kinderschutzkommission 1553 Tonnen geliefert hat. Die Speisungsstellen einer Mahlzeit betragen im Durchschnitt 14,30 M., im August 21,97 M.

Der Deutsche Zentralrat hat sich dankbar und erfreut über die segensreiche Tätigkeit der Länder ausgesprochen. Er verweist auf die Tätigkeit der Kinderpeisung für Schulgesundheitspflege. Die der Kinderpeisung ein umfangreiches Sonderheft gewidmet hat. Auch eine Anzahl Organisationen der deutschen Jugendenschaft hat sich sehr dankbar geäußert und gebeten, daß die amerikanischen Freunde nicht ermüden möchten. Eine Anzahl von Kindern hat Entgegenkommen bewiesen durch Verzichtung geringerer Preise für Verpackung usw.

Das Reichsministerium für Innere hat gegen den Schriftsteller E. A. Kraus eine Klage wegen verleumdender Behauptung angehängt wegen dessen Behauptung, im Kreise Rimeberg seien von einer Spende plattdieser Amerikaner in Höhe von 800 000 M. 600 000 M. für Verwaltungskosten verbraucht worden. Im die Anteilnahme weiterer Kreise auf das Kinderpeisungswert zu lenken, hat der Deutsche Zentralrat für die Auslandsdeutschen einen Film zusammengestellt, der demnächst in den Groß-Berliner Kinos gezeigt werden soll. Der Film zeigt zunächst die Auslieferung der Lebensmittel im Hamburger Hafen; dann zeigt er das Kind in einer Arbeiterwohnung, ferner eine Untersuchung unterernährter Kinder durch den Schularzt. Dann folgen die Speisungen in einem Kindergarten, auf einem Schulhofe, in einer Walderschulstube und in einem Krüppelheim. Weitere Bilder sollen den Eltern vor Augen führen, daß die Kinderpeisung nur als Ergänzung zur häuslichen Ernährung gelten soll. Die Schulbilder zeigen, wie die Abgabenden der Länder von Deutschland Abschied nehmen und Berliner Mädchen ihnen ihren Dank abtrotzen.

Ausführlich berichtet das Korrespondenzblatt sodann noch über Besuche ausländischer Freunde in Deutschland und über die erschlitternden Eindrücke, die sie an den deutschen Stätten des Landes empfingen. Es wäre nur zu wünschen, daß die Berichte dieser Besucher in ihrer Heimat den Erfolg weiterer Hilfeleistung hätten.

Frauenweltkongress. Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit erläßt ferner in den ihr angeschlossenen 21 Ländern einen Aufruf zu einer Frauenweltkongress im Haag Anfang Dezember, auf der die Grundlagen eines „Neuen Friedens“ von politischen, finanziellen und physiologischen Gesichtspunkten behandelt werden sollen, um den Krieg, dem Europa durch die gegenwärtigen zerbombten Friedensverträge ausgeht, durch einen wahren und wirklich durchführbaren Frieden abzugeben. Alle Anfragen sind zu richten nur an den vorbereitenden Ausschuß: Amsterdam, Holland, Breestraat 188.

## Literatur.

Theodor Thomas, „Ob meine Jugend mir zurück“. (Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Preis geb. 120 M.) — Dieser „Roman eines Großstadtjungen“ ist eine herbe Anlage. Eine Anlage gegen die menschliche Gesellschaft, die unmenlich handelt, indem sie breite Schichten ihres Nachwuchses leiblich und moralisch verkommen läßt. Sie bildet und erhebt die jungen Seelen nicht, sondern verhärtet sie; sie strahlt ihre eigenen Opfer, kößt sie tiefer und tiefer in Not- und Hilflosigkeit und ist empört, wenn Tausende dann eben nur noch einen Ausweg finden: den Weg des Verbrechens. Thomas schmilzt diese Dinge nicht. Kraß mit einem derben Galgenhumor zeichnet er das physische und geistige Elend der Proletarier, rollt er das fürchterliche Milieu auf, in dem eine Licht- und freudlose Jugend unter Rufen und Beschimpfungen heranwächst, zeigt er, wie die besten Anlagen und edelsten Neigungen erdarmungslos zertrampelt werden — wenn sich nicht schließlich doch noch eine rettende Hand nach dem Versinkenden ausstreckt. Im speziellen Falle ist die schwelgerische Familie eines Arbeiters, die den feinen Romanhelden aus dem Sumpf zieht. Güte, Liebe und Verständnis einer sozialistischen Familie retten ihn, helfen ihn auf gerader Bahn und erfüllen auch ihn mit jenem Geist, der eine durchgreifende Tatkraft nur von einer Umgestaltung der ganzen sozialen Ordnung erhofft und darum für sie kämpft. So führt und der Verfasser nach einem düsteren Wege durch die Brutalität der Innerwelt und des Verbrechens endlich doch auf die sonnige Höhe eines verführlichen, glücklichen Ansehens.

Die Frau als Trägerin edler deutscher Kultur. Dies ist das Hauptmotiv, der Grundgedanke, auf welchen das fächer erscheinende Herbstheft der mit vornehmen Bildern ausgestatteten

Zeitschrift „Neue Frauenkleidung und Frauenkultur“, Zeitschrift für persönliche, künstlerische Kleidung, Körperkultur und Kunsthandwerk, eingestellt ist. (Verlag G. Braun in Karlsruhe i. B.) Die Frau — Pflegerin der inneren und äußeren Kultur! — ist das Ziel, das den Verfasser von Paul Sperling in „Donnerstag Gesellen, von deutscher Weibergabe und Frauenkultur“, aus dem Vortrage von Siegfried Otto, „Die Umwelt wird von der Frau geschaffen“, dieses Verantwortungsbewußt fordert. G. m. b. H. Schöckel & Co., eine Meisterin ihres Faches, in ihrer Berufsberatung Weiberei „Das Handwerk mit Adel und Ehre“. Rechtlich verlangt Käthe Lerch für ein anderes Frauenarbeitsgebiet in ihrer Abhandlung „Frauenbewegung — Frauenarbeit“. Aus der nach zu lösenden Fragen im Frauenverhältnis bespricht Lara Wolff (Frankfurt), die soziale Angelegenheit der „Heimarbeit“. Den berufstüchtigen jungen Mädchen ist „Ein Brief an das hiesige Mädchen“ gewidmet, in welchem nicht in lehrhaftem Ton gelehrt, sondern aus Selbstverlehen heraus geraten wird. Prof. E. Segmiller (Forstheim-München) spricht abschließend über „Die Gewerbeschule als Zeit- und Kulturdokumente“. Im Kunsthandwerklichen Teil haben Jugendleiterinnen und Erzieher das Wort über „Spiel und Spielzeug“. Von Körperkultur handelt Wally De w i u s' Aufsatz über „Gymnastik als Erziehungsgrundlage“. Der Frau im Beruf und öffentlichen Leben sowie der Hausfrau sind zwei weitere Abschnitte gewidmet. Den Grundton des Heftes begleiten im engen Zusammenhang künstlerische Aufnahmen von Frauen- und Kinderkleidung sowie Kunsthandwerk. Zahlreiche Modelle zeigen uns das „Herbst- und Winterkleid der Frau“ von häuslichen bis zum großen Gesellschaftskleid und Straßenkleid. Eine Fülle praktischer Anweisungen dazu gibt der beigegebene Schnittmusterbogen.

### Aus der Stadt

#### Karlsruhe, 30. November

#### Geschichtskalender

30. November. 1865 Bismarck wird Präsident des Reichstages († 1898). — 1919 Deutschösterreichischer Gemeindefesttag in Wien. — 1920 Annahme der preussischen Verfassung in Berlin.

#### Kilometertarife bei der Eisenbahn

Vom 1. Januar ab werden die Personentarife nach folgenden Einheitsmaßen berechnet: 4. Klasse der Kilometer 4 M., 3. Klasse 6 M., 2. Klasse 12 M., 1. Klasse 24 M. Die Fahrpreise bis 100 M. werden auf volle 2 M., über 100 M. bis 500 M. auf 10 M., über 500—1000 M. auf 20 M., über 1000—2000 M. auf 50 M. und über 2000 M. auf 100 M. abgerundet.

In Schnellzugskategorien werden in Zone 1 (bis 75 Kilometer), Zone 2 (75—150 Kilometer), Zone 3 (über 150 Kilometer) erhoben: für die 3. Klasse 100, 200, 300 M., für die 2. Klasse 200, 400, 600 M., für die 1. Klasse 400, 800, 1200 M. Auch die Gepäckfrachten werden erhöht. Vom 1. Januar ab werden alle Fahrkarten statt des Fahrpreises nur die Kilometerzahl enthalten; nur im Verlaufe mit dem Auslande werden Fahrkarten mit Preisangaben ausgegeben.

(Danach würde beispielsweise die einfache Fahrt 4. Klasse nach Mannheim 202 M. kosten.)

#### Generalversammlung des Vereins der Kleingärtner e. V.

Am 25. November tagte im großen Saale der Handelskammer unter dem Vorsitz von W. Müller die Generalversammlung des Vereins der Kleingärtner Karlsruhe. Der gute Besuch der Versammlung war ein Zeichen dafür, daß der beruflichen Vertretung der Kleingärtner mehr und mehr Interesse entgegen gebracht wird. Von 24 Gruppen waren 18 durch die Vorstände und durch eine Reihe von Mitgliedern vertreten. Zur Verhandlung standen der Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit im laufenden Jahr, Beitragsverhältnisse, Anschlag an den Landesverband, Neuwahl des Vorstandes, Entgegennahme von Anträgen und Beschlüssen. Herr Müller wies u. a. darauf hin, daß sich der Verein seit dem Jahre 1921 von 10 Gruppen mit rund 900 Mitgliedern auf 24 Gruppen mit etwa 9500 Mitgliedern ausgedehnt habe. Die Arbeit des Vorstandes sei für die in der Entwicklung begriffene, aufstrebende Organisation außerordentlich schwierig gewesen, besonders habe es an den nötigen finanziellen Mitteln gefehlt. Gleichwohl müsse anerkannt werden, daß eine erprobte Arbeit in einer Reihe von Versammlungen und Sitzungen dadurch geleistet worden sei, daß die Gruppenverbände sich regen an allen Zusammenkünften beteiligten. Den Jahresbericht erläuterte in Abwesenheit des Kassiers Kollege Schröder. Die Ausgaben übersteigen die Einnahmen um rund 2800 M., weil ein großer Teil der Beiträge von künftigen Mitgliedern noch nicht bezahlt ist. Kollege Schröder bittet die Gruppenverbände um energische Eintreibung der geringfügigen Beträge, denn so könne es auf keinen Fall weitergehen, wenn dem Vorstand auf der anderen Seite die Wahrnehmung berechtigter Interessen verlangt werde.

Von der Diskussion über den Geschäftsbericht wurde lebhaft Gebrauch gemacht, wobei es an sachlicher Kritik nicht fehlte, auf die der Vorsitzende zusammenfassend antwortete und Aufklärung über die gestellten Fragen gab. Sodann wurde vom Vorsitzenden die Erziehung des Beitrages auf monatlich 5.— M. vorgeschlagen und begründet. Dem Ortsverband sollen 250 M. beizubringen und an den Landesverband soll der Rest abgeführt werden, falls der Anschlag an den Verband beschaffen würde, was natürlich Voraussetzung ist. Auch dieser Punkt der Tagesordnung löste eine sehr lebhaft Diskussion aus. Schließlich wurde der Antrag des Vorstandes mit großer Mehrheit angenommen. Nicht so glücklich schiedet der Antrag auf Anschlag an den Landesverband und der obligatorische Bezug der vom Verband herausgegebenen Zeitschrift „Der Gartenfreund“ ab. Er wurde mit knapper Mehrheit (3 Stimmen) angenommen. Die Neuwahl des Vorstandes ergab die einstimmige Wiederwahl des 1. Vorsitzenden W. Müller und des stellv. Vorsitzenden R. Müller. Als Kassier wurde Kollege Schröder und als Schriftführer Kollege Häste gewählt, ferner als Beisitzer für die Reichsstadt Kollege Meyer, Südstadt Schwan und Dillhoff Grotte.

#### Wichtig! Bildungskurse des Gewerkschaftskartells!

— I. Diejenigen Kollegen und Kolleginnen, welche sich zu folgenden Kursen eingetragen haben, wollen sich morgen Freitag, 1. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Staatstechnikum, Volkstheater, Saal 61, einfinden: 1. Rechnen (4 Grundarten), Kurs Nr. 2, 2. Kaufmännisches Rechnen und Statistik, Kurs Nr. 3, 3. Lehrgang der freien Rede und im Aufsatz, Kurs Nr. 11, 4. Buchführung und Bilanz, Buchwesen, Geld und Kredit, Bilanz, Kurs Nr. 17, 5. Das Betriebsrätegesetz — Aus der Betriebsrätepraxis, Kurs Nr. 18.

#### Widerrechtliches Einziehen in Wohnungen

Der Städt. Wohnungsdienst II schreibt uns: In letzter Zeit hat sich die Zahl der widerrechtlich bezogenen Wohnungen in erheblichem Maße gehiebert. Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß Wohnungen nur mit unserer vorherigen schriftlichen Genehmigung vermietet, überlassen oder in Gebrauch genommen werden dürfen. Vor der Erteilung unserer Genehmigung darf danach ein Einzug

unter keinen Umständen erfolgen. Werden Wohnungen ohne unsere Genehmigung bezogen, so liegt ein widerrechtlicher Einzug vor, der im Wege der polizeilichen Abmahnung bestraft wird. Die Hausbesitzer oder deren Stellvertreter sind verpflichtet, uns Anzeige zu erstatten, sobald umwohnende oder unwohnende Familien oder Einzelpersonen, unwohnende Einzelzimmer, Kabinen, Logen, Werkstätten, Dienst- und Geschäftsräume, Kabinen oder ähnliche Räume unbesetzt sind. Dasselbe gilt für Obermieter, wenn es sich um untervermietete Räume handelt. Die zur Anmeldung erforderlichen Vorzüge werden auf Polizeibüro unentgeltlich abgegeben. Im übrigen wird auf die in unserer Zeitung vom Montag, den 17. November 1922, veröffentlichte Bekanntmachung, „Maßnahmen gegen Wohnungsmangel“ betr. aufmerksam gemacht.

#### Wichtig! Funktionäre! Wichtig! Auf die Schanzen!

Zu der ungeheuren Not, in der sich zur Zeit der weitaus größte Teil des deutschen Volkes, ganz besonders aber die arbeitende Klasse, befindet, droht uns noch die Gefahr, daß die Revolution immer freier wird und daran losreißt, in und außerhalb der Reichsgrenzen die wachsenden Reaktionen der arbeitenden Klasse freizusetzen zu machen. In dieser Notlage müssen die Funktionäre unter allen Umständen Stellung nehmen. Es ist nicht mehr von der Hand zu weisen, daß die Lebensgefahr für das deutsche Volk außen- und innenpolitisch sehr groß ist.

Am die zu ergreifenden Maßnahmen festzusetzen, findet am Freitag, den 1. Dezember, nachm. 5 Uhr, im Saal zum „Eisenstein“ eine Delegiertenversammlung aller Funktionäre der Gewerkschaften, soweit sie auf dem Boden der R.S.P.D. stehen, sowie der Parteifunktionäre der R.S.P.D. statt. Genosse Schäfflin referiert über das Thema: „Aussen- und innenpolitische Lebensgefahr für das deutsche Volk“. Kollegen und Genossen! Erhalten Sie Ihren Posten! Kein Funktionär darf in dieser Versammlung fehlen. Die an prominenter Stellung stehenden Genossen in Partei und Gewerkschaft sind verpflichtet zur Teilnahme und Propaganda für diese Delegiertenversammlung. Das Mitgliedsbuch der R.S.P.D. allein nur legitimiert zum Eintritt.

Die Gefahr ist groß! Funktionäre auf die Schanzen! P. Sch. Schulenburg. Schwert.

g. Das Verbrechen als soziale Erscheinung. Der Volkskirchenbund evangelischer Sozialisten hatte auf seinen Donnerstag zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen, die sehr stark besucht war. Herr Dr. Diez sprach über „Das Verbrechen als soziale Erscheinung“. Eingangs seines Vortrages legte er der Aufmerksamkeit der Zuhörer die Gründe dar, die zur Gründung des Volkskirchenbundes geführt hätten. Mit einer zusammenfassenden geschichtlichen Einleitung ging er dann zum Thema über und legte dar, wie die Unmoral auf das Entstehen von Verbrechen einwirkt. Wohnungsnot, Hunger, Heiß, Frankfurter und der Hochpreis für Lebensmittel, Alkohol und relativ niedrige der Arbeiter und reichlicher Verbrauchsmittel weniger der Arbeiterwelt als die Proletarier. Der Redner bewies das an der letzten Karlsruher Schwurgerichtsverhandlung. — In der Aussprache nahm Präsident Müller teil, der lange Jahre als Staatsanwalt tätig war, das Wort in zustimmendem Sinne. Dr. Diez wies auf die Notwendigkeit hin, daß sich die Kirche um solche Gesellschaftskümmere. Stadtkämmerer Kappes pflichtete als Jugendgehilfe dem Redner bei. Die Zeitung des Abends lag in den Händen des Genossen Kling. — In 14 Tagen spricht Universitätsprofessor Schenker aus Heidelberg über „Das Verbrechen im Verlaufe der Jahre“. Die Abende des Volkskirchenbundes verprechen in diesem Winter der Mittelpunkt geistiger Aussprache im sozialistischen Sinne zu werden. Als Redner werden nur Sozialisten sprechen; in der Aussprache soll jedermann zu Worte kommen.

#### Valuta-Bericht vom 30. November

Die Mark notierte heute in der Schweiz circa 0,084 Cts. Auszahlung Holland notierte etwa 3345 M. pro holländ. Gulden. Auszahlung Schweiz notierte etwa 1555 M. pro Schweiz. Frs. Auszahlung England notierte etwa 88 200 M. pro Pfd. Sterling. Auszahlung Frankreich notierte etwa 577,50 M. pro franz. Frs. Auszahlung Neapel notierte etwa 8875 M. pro Dollar.

#### Wasserstand des Rheins

Schiffermeil 130, neß. 4 Jm. Neßl 234, neß. 9 Jm. Magaz 411, neß. 6 Jm. Mannheim 305, neß. 3 Jm.

#### Briefkasten der Redaktion

Gen. S., hier. Wie Sie aus der heutigen Nummer erfahren, haben wir die in Ihrer Einfindung berührte Frage in einem Artikel ausführlich behandelt.

Schriftleitung Georg Schäfflin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Überblicke und Lesbriefe Hermann Kappel; für Redaktionspolitik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtsamt und Revisionen Herr. Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Angelegenheit Ostlos Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

#### Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle. Marie Heide, Witwe, Karlsruher, ledig, alt 75 Jahre. Karl Schmidt, alt 77 Jahre, Ehefrau des Tagelöhners Adam Schmidt, Hermann Gungel, Nech.-Direktor, ledig, alt 84 Jahre. Anna Eißel, Stb. Krankenwärterin, alt 85 Jahre. Beerdigungzeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbener. Donnerstag, 30. November. 12 Uhr: Heinrich Klingmann, Buchhalter, Karlsruher. 1 Uhr: Katharina Schmidt, Stadtorbeters-Ehefrau, Werderstr. 10, Feuerbestattung. 2 Uhr: Wilhelmine Sahn, Geh. Oberfinanzratswitwe, Belkstr. 20. 3 1/2 Uhr: Marie Heide, Karlsruherin, Peter und Paulplatz 3. 4 Uhr: Ernst Zundt, Privatmann, Kriegerstr. 128, Feuerbestattung. 4 1/2 Uhr: Hermann Gungel, Nech.-Direktor, Westendstr. 5, Feuerbestattung.

p. Kasack. Das einjährige Kind des z. Jt. selbst kranken Arzteschulwalder Georg S. in der Schilgenstraße verübte sich mit feindseliger Wille darauf, daß es in ärztliche Behandlung gegeben werden mußte. Hierbei eine Klage an die Mütter, nie in Gegenwart von Kindern heißes Essen, Milch und Bergl auf den Boden oder Stühle zu stellen.

(1) Die öffentliche Sicherheit in der Stadt Karlsruhe. Die Handelskammer Karlsruhe hat sich, besonders auf Grund von Vorkommnissen in der letzten Zeit, veranlaßt gesehen, dem Ministerium des Innern Vorschläge zur Ausgestaltung des polizeilichen Sicherheitsdienstes zu unterbreiten, die eine Verstärkung der Polizei und die Einrichtung ständiger Polizeipatrouillen im gesamten Stadtgebiet zum Ziele haben.

(2) Aufhebung der alten Bahnhofs. Nach Mitteilung der Handelskammer Karlsruhe hat die Oberpostdirektion verfügt, daß das Bahnhofsamt 6 am alten Bahnhof bis Mitte Januar 1923 geöffnet bleibt.

Wietzinsregelung. Auf das Inserat betr. Wietzinsregelung in der heutigen Nummer sei auch an dieser Stelle hingewiesen.

Die Altmaterialiensammlung für die Winterhilfe, die am Dienstag durch die Schuljugend stattfand, hat einen überaus gut Erfolg aufzuweisen. Der Ablieferungsliste zeigte sich so stark, daß es den Abholern nicht überall möglich war, die Gaben mitzunehmen. Das Ergebnis ist also ein recht gutes und es wird Sache der Kommission sein, die Altmaterialien nur nicht an solche Stellen gelangen, die ein Geschäftchen damit machen wollen, sondern womöglich verfeinert zu lassen, um einen recht hohen Preis zu erzielen und die Winterhilfsstellen auszukümmern. Ueber das Gesamtergebnis der Sammlung kann heute noch nicht berichtet werden, es wird dies später erfolgen.

Landesheuer. Im Konzerthaus findet am Freitag, den 1. Dezember, für den Verein Volksbühne die Aufführung des vieraktigen Volksstückes „Der Dreidreihäcker“ von Karl Boyer, dem ehemaligen Intendanten des früheren Landes-Theaters, statt. Das Werk wurde bereits vor mehreren Jahren von der früheren Intendantur zur Aufführung erworben. Am Freitag der Vorstellung 7 Uhr.

Spenden für die Winterhilfe. Emma Rindensbaum 100 M., Leop. Müller Firma „Oceania“ 2000 M., Bism. Ehrmann 1000 M., 3 Arbeiter der Firma R. J. Gomburger 500 M., Ingenieur aus einer Prologische 100 M., auf 3700 M. Kolbeck Aug. Gerling 100 Jentur Kofz. Den Spendern herzlichen Dank. Im weiteren Geben bitten Geschäftsstelle des „Volksfreund“.

p. Kasack. Heute früh 5.15 Uhr führte ein betr. Lokomotivführer von hier auf noch unauffällige Weise aus einer Rangierlokomotive und zog sich so erhebliche Verletzungen zu, daß er mittels Krankenautos nach dem städt. Krankenhaus verbracht werden mußte.

#### Wichtig! Funktionäre! Wichtig! Auf die Schanzen!

Zu der ungeheuren Not, in der sich zur Zeit der weitaus größte Teil des deutschen Volkes, ganz besonders aber die arbeitende Klasse, befindet, droht uns noch die Gefahr, daß die Revolution immer freier wird und daran losreißt, in und außerhalb der Reichsgrenzen die wachsenden Reaktionen der arbeitenden Klasse freizusetzen zu machen. In dieser Notlage müssen die Funktionäre unter allen Umständen Stellung nehmen. Es ist nicht mehr von der Hand zu weisen, daß die Lebensgefahr für das deutsche Volk außen- und innenpolitisch sehr groß ist.

Am die zu ergreifenden Maßnahmen festzusetzen, findet am Freitag, den 1. Dezember, nachm. 5 Uhr, im Saal zum „Eisenstein“ eine Delegiertenversammlung aller Funktionäre der Gewerkschaften, soweit sie auf dem Boden der R.S.P.D. stehen, sowie der Parteifunktionäre der R.S.P.D. statt. Genosse Schäfflin referiert über das Thema: „Aussen- und innenpolitische Lebensgefahr für das deutsche Volk“. Kollegen und Genossen! Erhalten Sie Ihren Posten! Kein Funktionär darf in dieser Versammlung fehlen. Die an prominenter Stellung stehenden Genossen in Partei und Gewerkschaft sind verpflichtet zur Teilnahme und Propaganda für diese Delegiertenversammlung. Das Mitgliedsbuch der R.S.P.D. allein nur legitimiert zum Eintritt.

Die Gefahr ist groß! Funktionäre auf die Schanzen! P. Sch. Schulenburg. Schwert.

g. Das Verbrechen als soziale Erscheinung. Der Volkskirchenbund evangelischer Sozialisten hatte auf seinen Donnerstag zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen, die sehr stark besucht war. Herr Dr. Diez sprach über „Das Verbrechen als soziale Erscheinung“. Eingangs seines Vortrages legte er der Aufmerksamkeit der Zuhörer die Gründe dar, die zur Gründung des Volkskirchenbundes geführt hätten. Mit einer zusammenfassenden geschichtlichen Einleitung ging er dann zum Thema über und legte dar, wie die Unmoral auf das Entstehen von Verbrechen einwirkt. Wohnungsnot, Hunger, Heiß, Frankfurter und der Hochpreis für Lebensmittel, Alkohol und relativ niedrige der Arbeiter und reichlicher Verbrauchsmittel weniger der Arbeiterwelt als die Proletarier. Der Redner bewies das an der letzten Karlsruher Schwurgerichtsverhandlung. — In der Aussprache nahm Präsident Müller teil, der lange Jahre als Staatsanwalt tätig war, das Wort in zustimmendem Sinne. Dr. Diez wies auf die Notwendigkeit hin, daß sich die Kirche um solche Gesellschaftskümmere. Stadtkämmerer Kappes pflichtete als Jugendgehilfe dem Redner bei. Die Zeitung des Abends lag in den Händen des Genossen Kling. — In 14 Tagen spricht Universitätsprofessor Schenker aus Heidelberg über „Das Verbrechen im Verlaufe der Jahre“. Die Abende des Volkskirchenbundes verprechen in diesem Winter der Mittelpunkt geistiger Aussprache im sozialistischen Sinne zu werden. Als Redner werden nur Sozialisten sprechen; in der Aussprache soll jedermann zu Worte kommen.

#### Wichtig! Funktionäre! Wichtig! Auf die Schanzen!

Zu der ungeheuren Not, in der sich zur Zeit der weitaus größte Teil des deutschen Volkes, ganz besonders aber die arbeitende Klasse, befindet, droht uns noch die Gefahr, daß die Revolution immer freier wird und daran losreißt, in und außerhalb der Reichsgrenzen die wachsenden Reaktionen der arbeitenden Klasse freizusetzen zu machen. In dieser Notlage müssen die Funktionäre unter allen Umständen Stellung nehmen. Es ist nicht mehr von der Hand zu weisen, daß die Lebensgefahr für das deutsche Volk außen- und innenpolitisch sehr groß ist.

Am die zu ergreifenden Maßnahmen festzusetzen, findet am Freitag, den 1. Dezember, nachm. 5 Uhr, im Saal zum „Eisenstein“ eine Delegiertenversammlung aller Funktionäre der Gewerkschaften, soweit sie auf dem Boden der R.S.P.D. stehen, sowie der Parteifunktionäre der R.S.P.D. statt. Genosse Schäfflin referiert über das Thema: „Aussen- und innenpolitische Lebensgefahr für das deutsche Volk“. Kollegen und Genossen! Erhalten Sie Ihren Posten! Kein Funktionär darf in dieser Versammlung fehlen. Die an prominenter Stellung stehenden Genossen in Partei und Gewerkschaft sind verpflichtet zur Teilnahme und Propaganda für diese Delegiertenversammlung. Das Mitgliedsbuch der R.S.P.D. allein nur legitimiert zum Eintritt.

Die Gefahr ist groß! Funktionäre auf die Schanzen! P. Sch. Schulenburg. Schwert.

# Im Hause sei — stets Lacto Ei!

#### Wastatter Anzeigen.

#### Vornahme der Gemeinderatswahl in der Stadt Karstadt betr.

Die Dienzeit der bisherigen Gemeinderäte ist abgelaufen. Die Neuwahl derselben, deren Wahl 14 beträgt, findet am

Freitag, den 8. Dezember 1922, nachmittags von 5 bis 6 Uhr, auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 13 — (Mittagessen) statt.

Jeder Gemeinderat wählbar ist jeder mindestens 25 Jahre alte allgemein wahlberechtigte Einwohner, dessen Wohnort nicht ruht. Es können nicht gleichzeitig Mitglieder des Gemeinderats sein:

1. Ehegatten und solche Personen, welche miteinander in gerader Linie verwandt, verschwägert oder durch Annahme an Kindesstatt verbunden oder in der Seitenlinie bis zum 3. Grad verwandt oder bis zum 2. Grad verschwägert sind, auch wenn die Ehe, durch welche die Schwägerchaft begründet ist, nicht mehr besteht;

2. auch nicht Personen, welche als offene oder persönlich haftende Gesellschafter bei der gleichen Handelsgesellschaft beteiligt sind.

Werden solche Personen gleichzeitig gewählt, so entscheidet das Los. Das notwendige Einkommen eines Gewählten, welcher mit einem Mitgliede des Gemeinderats in einem das Bürgerrecht begründenden Verhältnis steht, ist unzulässig. Entfällt das Einkommen im Laufe der Wahlperiode unter Mitgliedern des Gemeinderats, so entscheidet das Los, wer auszuscheiden hat.

Für die Gemeinderatswahl sind nur die Gemeindevorstände wahlberechtigt. Das Wahlrecht wird in Person durch Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt. Die Stimmzettel müssen von welchem oder welchem Papier und dürfen mit keinem Kennzeichen versehen sein. Sie sollen ein A4-er der Größe des üblichen Aktienbogens von 33 auf 42 Zentimeter haben und von mittelstarkem Schreibpapier haben und sind außerhalb des Wahlraumes handschriftlich oder im Wege der Vertretung mit den Namen derjenigen zu versehen, welchen der Wähler seine Stimme geben will.

Nur solche Stimmzettel können als gültig abgegeben werden, welche Namen aus ein und derselben Vorklagsliste enthalten. Die Aufnahme von Namen aus verschiedenen Vorklagslisten oder von Namen, die auf keiner Vorklagsliste stehen, macht den Stimmzettel unzulässig.

Die wahlberechtigten werden hiermit aufgefordert, spätestens bis Dienstag, den 5. Dezember d. J., vormittags 10 Uhr, bei dem Bürgermeisterei Wahlverzeichnisse einzureichen. Die Wahlverzeichnisse dürfen nicht mehr Namen enthalten, als die Zahl der zu wählenden Gemeinderäte beträgt; sie muß von drei Gemeindevorordneten unterzeichnet sein, deren jeder als Vertrauensmann gilt.

Die Vorgelegenen müssen so bezeichnet sein, daß sie nicht mit anderen Personen gleichen Namens in der Gemeinde verwechselt werden können. Soweit zu diesem Zweck erforderlich, ist außer den Familiennamen der Vornamen und den Vorgelegenen sonst nicht erforderliche Benennung einzutragen.

Dieselben sind in erkennbarer Reihenfolge anzuführen; von jedem Vorgelegenen oder von den Vorgelegenen gemeinsam ist eine Erklärung beizufügen, worin sie unterzeichnetlich der Aufnahme in die Vorklagsliste zustimmen. In mehr als einer Liste darf sich kein Bewerber vorfinden lassen. Die endgültig festgestellten Wahlverzeichnisse werden am Tage der Wahl durch den Aufschlag an der Verfügungstafel des Rathauses bekannt gegeben, außerdem im Rathaus, Zimmer 14, zur Einsicht der Wahlberechtigten ausgelegt. Karstadt, den 30. November 1922. Der Gemeinderat. Kennert. Nummer.

#### Brennholz-Versteigerung.

Am Donnerstag, den 30. November, Freitag, den 1. und Samstag, den 2. Dezember, jeweils abends 7 1/2 Uhr, werden im Glacé hinter der Leopoldstraße einige Haufen manufakturierter Holz gegen Barzahlung versteigert. Nur deutsche Einwohner sind als Bieter zugelassen. Karstadt, den 29. November 1922. Das Bürgermeisterei.

**Steinsstraße 6<sup>11</sup>**  
**Damentaschen**  
 sowie Geldschein-, Brief- und Akten-Taschen sowie Bücher-Ranzen in grosser Auswahl  
**Kaufmanns Etagegeschäft**  
 für Offenbacher Lederwaren  
 6, II. Steinsstraße 6, II.

**Mietzinsregelung.**  
 Für den Monat November 1922 betragen die auf staatliche Vermögenssteuer, fällige Umlage, Landes- und Erbschaftsteuer, Kreissteuer, Schöngeld- und Strafrechtsbeitrag, Konat, Müllgebühren, Gruben- und Wasserentgelt und Wasserzins (Schwände ohne Wasser- meter) entfallenden und auf diesen einen Monat umgerechneten Betriebskosten 2,75 vom Hundert des Steuerwertes bzw. 55 vom Hundert der (zu 1/2 des Steuerwertes berechneten) Grundbesitzsteuer.  
 Der für den Monat Oktober festgesetzte Betrag 61,8 vom Hundert der Grundbesitzsteuer erhöht sich unter Einrechnung der damals noch nicht berücksichtigten Kanalgebühren ebenfalls auf 2,75 vom Hundert des Steuerwertes bzw. 55 vom Hundert der Grundbesitzsteuer.  
 Karlsruhe, den 28. November 1922.  
 Der Oberbürgermeister.

**Biehzahlung am 1. Dez. 1922.**  
 Am 1. Dezember 1922 findet eine Biehzahlung statt. Sie erstreckt sich auf Pferde, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Federfisch, zahme Kanarienvögel (Stallvögel), Vierzehnter und Gänse. Die Zahlung wird durch die Schatzkammer des Landratsamtes vorgenommen. Jeder, der Vieh im Besitz hat, ist verpflichtet, seinen Bestand dem Schatzkammeramt anzugeben.  
 Personen, die Vieh besitzen, aber bis 5. Dezember noch nicht bezogen sein sollten, sind verpflichtet, ihre Bestände schriftlich oder mündlich dem hiesigen Landratsamt, Jährigerstr. 18, oder den Gemeindefunktionären der Vororte am 6. Dezember mitzuteilen.  
 Wer zur Anzeige verpflichtet ist, sie aber nicht rechtzeitig oder unrichtig erklärt, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10000 M. bestraft.  
 Die Zahlungslisten liegen werktags vom 11. bis 21. Dez. beim Statthalteramt (Zimmer Nr. 6) zur Einsicht auf. Sie sind für die Berechnung der Beiträge maßgebend, welche die Rindvieh- und Pferdebesitzer nach dem Viehbesitz- und Schlachtungsrecht zu zahlen haben. Anträge auf Verichtigung der Listen sind innerhalb der obigen Frist einzubringen.  
 Karlsruhe, den 28. November 1922.  
 Der Oberbürgermeister.

**Deutsch-Griechische Gesellschaft e. V.**  
 Kreisgruppe Karlsruhe.  
**Vereinigung der Freunde des humanistischen Gymnasiums.**  
 Kreisgruppe Karlsruhe.  
**Vortrag**  
 des Universitätsprofessors Geh. Hofrat Dr. Amalrich Greiburg im großen Saal des Chemischen Instituts der Technischen Hochschule  
 am Freitag, den 1. Dezember, abends 8 1/2 Uhr.  
 Thema:  
**„Deutschland und Griechenland zu den Fragen über Bildung und Leben.“**  
 Freunde der Bestrebungen der beiden Vereinigungen sind herzlich willkommen.  
 5756

**Badisches Landestheater.**  
 Donnerstag, d. 30. Novbr. 6 1/2 - 10 1/2 Uhr. A 280.  
 Abon. D 8 Th. Gem. B.V.B. Nr. 2301 - 2600  
**Hamlet.**

**Hüte, Mützen, Stöcke, Schirme, Sport-Artikel, Uniformen aller Hüte.**  
**Theod. Zenker**  
 Kaiserstr. 61, gegenüber der Hochschule.

**Anzüge, Ueberzieher, Schlüpfer Arbeits- und Sonntagshosen, Schuhe in großer Auswahl zu sehr günst. Preisen**  
**R. Billig, Markgrafenstrasse 17**  
 Samstag ab 5 1/2 Uhr abends geöffnet. 5880

**Leutesheim.**  
 Zum 1. Januar 1923 wird für die Versorgung des „Vollstreckt“ am hiesigen Platz eine **zuverlässige Person** gesucht. Bewerberinnen wollen sich abends bei Herrn Georg Sack melden.

**95% Ersparnis an Schuhbesohlung**  
 bei Verwendung von **Krafts Gumsohl D. R. G. M.**  
 Leichter, elast. Gang, keine nassen Füsse, kein Ausgleiten. Zeugnisse über 1 1/2-jähr. Gebrauchsdauer.  
 Verkaufsstellen die Schuhmacherien und Schuhgeschäfte:  
 Weckesser, Kronenstr., Ecke Kriegestr. Mühlburg: Gr. Ber. Glückstraße 4  
 Gromann, Rudolfstraße 25 Belferthelm: Walter, Marie-Alexandrastraße 42  
 Zepf, Durlacherstraße 3 Bulach: Gröber, Hauptstraße  
 Madlener, Ruppurrenstraße 20 Ettlingen: Wolfbecher, Schloßplatz 5  
 Daub, Scheffelstraße 16 5687 Rastatt: Schwab, Murgtalstr. 38.  
 Karlsruhe: Steinstraße 12.  
 Generalvertrieb: **Tornow & Co., G. m. b. H.**

**Bieler's Puppen-Spezial-Geschäft**  
 Wiederherstellung aller beschädigten Puppen und Anfertigung von Puppenperücken aus mitgebrachten Haaren. — Verkauf von Puppen und Puppenartikeln.  
 Erste Karlsruher **H. Bieler** 223 Kaiser-Strasse 223  
 Puppen-Klinik zwischen Douglas- und Hirschstr.

**Wo**  
 decken Sie am vor- teilhaftesten und billigsten Ihren **Schuhbedarf?**  
 Nur bei **Josef Zepf** **Schuhhaus** **Durlacherstr. 3** (Durlacher Forst)

**2 Herrenüberzieher**  
 gut erhalten, sowie eine Menge mit Bogen und Knöpfen zu verkaufen.  
 Schillerstraße 30, III. St. r. 1908

**Wer will sparen, der kaufe seine Christbaumkerzen schon jetzt und zwar**  
**Marienstraße 56 (Laden)**

**Verlobungs-Ringe Gold- und Silber-Waren**  
 empfiehlt **Christ. Fränke** Goldschmied, Karlsruhe, Kaiser-Wilhelm-Passage 7a.

**Malzkaffee-Röster**  
 Tüchtiger  
 gesucht. Offerten unter Nr. 5785 an das Volksfreundbüro.

**500 Mark**  
 laufe ich hemleihen, der mir ein kleinen **Raum** (Schuppen, Stall od. dergl.) 3-4 qm im Zentrum der Stadt bevoigt. Angebote unter Nr. 5791 an das Volksfreundbüro erbeten.

**Herrenmontel**  
 dunkelblau über. Gewand- strafe 14, Seitenb. III. L. 5784  
**Reinhardtappwagen**  
 zu verkaufen. Überwiegend 14 Seitenbau II. Untf. 5790  
**Druckmaschinen** aller Art liefert **Buchdruck. Volksfr.** e. u. m. b. H. Untf. 24.

**Städt. Freibank.**  
 Zinsabgabe. Frei- tag 9-10 Uhr. Nr. 1950 bis 2100.

**Bruchkranke**  
 können nach bewährter Methode ohne Operation und Verunstaltung geheilt werden. Sprechstunden in Karlsruhe „Hotel Sonne“ am Samstag, 2. Dez. von 9-11 Uhr. Dr. med. Hausmann, Spezialarzt für Bruchleiden. 1908

**Gold u. Silber-Schmelze**  
 Braun & Co.  
 Hirschstr. 10, Ecke Kaiserstr. Tel. 2391  
 zahlt für Gegenstände aus **Platin, Gold und Silber** höchste Kurspreise.

**Felle**  
 Gross- Kürschnerlei **Wilh. Zeumer**  
 Kaiserstrasse 125/127. 5883

**Genossen, versichert Euch bei der gewerk- scharlich - genossenschaftlichen**  
**Volksfürsorge!**  
 Büro: KARLSRUHE, Wilhelmstraße 47.

**Werkzeugmacher und Mechaniker**  
 für dauernde Arbeit sofort gesucht.  
**Unterberg & Helmle**  
 Karlsruhe i. B., Ritterstr. 13/17. 5790

**Gemeinnützige Baugenossenschaft Königsbach (Baden) e. G. m. b. H.**  
 Bilanz per 31. Dezember 1921.

Vermögen		Schulden	
1. Einbauten	365.580,65	1. Geschäftsausgaben der Mitglieder	43.000,-
2. Beteiligung Bauhund	500,-	2. Veranschlagte Geschäftsausgaben	2.330,-
3. Einzahlungen haben	13.216,-	an die	2.330,-
4. Kassenbestand	5.008,99	3. Veranschlagte Rücklagen	426,89
		4. Schenkungen	62.400,-
		5. Bank- und Kassenkonten	240.670,70
		6. Hausinventar/Konten	31.000,-
		7. Grundbesitz	1.916,25
	382.505,94		382.305,94

  

**Gewinn- und Verlust-Rechnung per 31. Dezember 1921.**

Aufwendungen		Ertrag	
1. Hypothekenzinsen	1487,-	1. Mieten	3972,-
2. Verwaltungskosten	509,55	2. Zinsen	216,30
3. Grundbesitzkosten	284,40		
4. Ertrag	1916,35		
	4188,30		4188,30

  

Stand der Mitglieder am 1. Januar 1921: 105 mit 218 Anteilen  
 Zugang in 1921: 105 mit 218 Anteilen  
 Abgang in 1921: 105 mit 218 Anteilen  
 Stand am 1. Januar 1922: 105 mit 218 Anteilen  
 Die Gesamtsumme der Mitglieder am 1. Januar 1922 betragen 43.609 M.  
 Königsbach, den 27. November 1922. 1961  
 Für den Aufsichtsrat: E. Steinhilber. Für den Vorstand: B. Müller.

**Bei Sonne, Kälte, Schnee und Regen**  
 Muss man die **Schuh mit Pilo** pflegen

**Durlacher Anzeigen.**  
**Kohlen-Ausgabe.**  
 Schrift. Gayer: Donnerstag, 30. November, von 1 Uhr ab: Kunden 251-300; 2. Viertel Rhein- kohlens-Briefzeit „Aktion“ je Nr. 802.- 803. - 804.  
 Durlach, den 29. November 1922. 3252  
 Ortskohlenstelle.

**Kohlen-Ausgabe.**  
 Joh. Krauß Ww., Freitag, den 1. Dezember von 1 Uhr ab: Kunden 301-350; 2. Viertel Rhein- kohlens-Briefzeit „Aktion“ je Nr. 802.- 803. - 804.  
 Durlach, den 30. November 1922. 3253  
 Ortskohlenstelle.

**Ettlinger Anzeigen.**  
**Prot- und Alterskarten-Ausgabe.**  
 Die Ausgabe der Prot- und Alterskarten für die Zeit vom 1.-15. Dezember findet beim Stadt- Einwohnermeldeamt, Zimmer Nr. 6, im Rathaus wie folgt statt:  
 Freitag, den 1. Dezember, vormittags von 8-12 Uhr, nachmittags von 2-5 Uhr.  
 Samstag, den 2. Dezember, vormittags von 8-12 Uhr, nachmittags von 2-5 Uhr.  
 Die Reihenfolge wie die Listen sind genau einzuhalten. Jedermann hat die Karten, die ihm aus- gegeben werden, sofort nachzulassen. Spätere Er- scheinungen, das jemand seine Karten nicht richtig er- halten habe, werden grundsätzlich abgelehnt.  
 Für Protarten, die nicht richtig abgelehnt werden, ist eine Gebührengebühr von 5 M. zu entrichten.  
 An den Tagen der Protartenausgabe bleibt das Einwohnermeldeamt und das Wohnungsbauamt für den sonstigen geschäftlichen Verkehr geschlossen.  
 Ettlingen, den 29. November 1922.  
 Der Bürgermeister

**Baden-Baden.**  
 Nach gefälliger Vorbesprechung ist, nachdem die Wahlen der Stadtverordneten beendet sind, eine Erneuerungswahl zur Neubildung des Stadtrats auf die Dauer von vier Jahren vorgeschrieben. Es sind 18 Stadträte zu wählen. Als Stadtrat wählbar ist jeder mindestens 25 Jahre alte Wahlberechtigte, dessen Wohnort nicht rüst. Es können nicht gleichzeitig Mitglieder des Stadtrats sein: Ehegatten und solche Personen, welche in gleicher Linie miteinander verwandt, verwandtschaftlich oder durch die Annahme an Kindesstatt verbunden, oder in der Seitenlinie bis zum 3. Grad verwandt oder bis zum 2. Grad verwandtschaftlich sind, auch wenn die Ehe durch welche die Schwägerchaft begründet ist, nicht mehr besteht, ebenso nicht Personen, welche als offene oder persönlich haftende Gesellschafter bei der gleichen Handelsgesellschaft beteiligt sind.  
 Die Wahl findet nach Stadtratsbeschluss statt am Donnerstag, den 7. Dezember 1922; Abstimmungszeit 5 1/2-6 Uhr nachmittags. Wahlraum: neues Ausschussungszimmer (Nr. 16) im Rathaus (Südflügel).  
 Die Wahl ist vorzunehmen nach den für die Stadtverordnetenwahl gültigen und bekanntgegebenen Bestimmungen über die Verhältniswahl. Bis spätestens zum Montag, 4. Dezember 1922, nachmittags 5 Uhr, können Wahlver- schlagslisten bei dem Oberbürgermeister ein- gereicht werden, wozu hierdurch aufgefördert wird. Die Wahlvertragslisten dürfen nicht mehr als 15 Namen enthalten; jede Liste muß von drei Stadtratsmitgliedern unterzeichnet sein, deren jeder als Vertrauensmann gilt. Die Vor- geschlagenen müssen so in den Listen bezeichnet sein, daß sie nicht mit anderen Personen glei- chen Namens in der Stadt verwechselt werden können; die Vorgesetzten müssen in erkenn- barer Reihenfolge aufgeführt werden.  
 Die endgültig festgestellten Wahlvertrags- listen werden vom 6. Dezember 1922 ab an der Rathauskassette zum Auszug gebracht werden, außerdem in der Aktensatzel (Zimmer 21) zur Einsicht der Wahlberechtigten ausliegen.  
 Es können nur solche Stimmzettel gültig ab- gegeben werden, welche Namen von einer und derselben Wahlvertragsliste enthalten; die Auf- nahme von Namen aus verschiedenen Ver- tragslisten oder von Namen, die auf keiner Wahlvertragsliste stehen, macht den Stimmzettel ungültig.  
 Baden-Baden, den 27. November 1922.  
 Der Oberbürgermeister.

Anfolge Kassen-Abschlusses bleibt die Kasse des Stadt. Lebensmittelamts am Freitag, den 1. und Samstag, den 2. Dezember ds. J. ge- schlossen.  
 Lebensmittelamt.